

presse

Späte Einsicht der Bundesarbeitsministerin beim Einstieg von jungen Menschen in den Beruf

Zur Übernahme der Kofinanzierung bei der Berufseinstiegsbegleitung durch den Bund erklären die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales Anette Kramme und ihre Stellvertreterin Katja Mast:

Es ist gut, dass die Berufseinstiegsbegleitung durch die Übernahme der Kofinanzierung durch den Bund auch in den kommenden beiden Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014 fortgeführt werden kann, wenn auch nur für bereits bestehende Berufseinstiegsbegleitungen. Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein erfolgreiches Instrument, das sich bewährt hat. Es hilft leistungsschwächeren Schülern beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte die Berufseinstiegsbegleitung im Zuge der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zwar als Regelinstrument im SGB III verankert, doch als Voraussetzung eine Kofinanzierung durch Dritte festgeschrieben. Daraufhin hatte sich die Situation an den Schulen vor Ort zugespitzt, denn vielen Bundesländern war die geforderte Kofinanzierung kurzfristig nicht möglich. Die Unsicherheit an den Schulen darüber, wie, ob und wann es mit der Berufseinstiegsbegleitung weitergehen kann, war groß.

Diese Verunsicherung hat Ursula von der Leyen an der Spitze des Arbeitsministeriums zu verantworten. Sie hat jetzt kleinlaut die Übernahme der Kofinanzierung in den kommenden beiden Schuljahren zugesichert. Das ist gut, doch die Einsicht kommt spät und zeigt, dass die zuständige Ministerin kein Konzept hat, wie wir junge Menschen beim Einstieg in den beruflichen Aufstieg stärken und unterstützen können. Chancengerechte, kontinuierliche und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik sieht anders aus. Wir brauchen kein Hin und Her, das auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen wird, sondern

Entscheidungen, die langfristig tragen. Für uns als SPD gilt: Kein Jugendlicher darf verloren gehen.